

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 413 02. Juli 2008

14. Jahrgang

consultas populares - zwischen Anerkennung und Recht

Zwischen 2005 und Mitte 2008 wurden in Guatemala 26 Volksbefragungen (*consultas populares*) in Sachen Ressourcennutzung durchgeführt. Bei 21 davon ging es um den Abbau von Metallen im Tagebauverfahren. Das *Ministerium für Energie und Minen* (MEM) seinerseits erteilte allein im Verlauf dieses Jahres 14 Erschliessungs- und drei Abbaulizenzen - die meisten davon für die Regionen Huehuetenango und San Marcos. Dies sind die beiden Departements, in denen auch die meisten Volksbefragungen stattfanden, bei denen sich die Leute eindeutig gegen die Projekte aussprachen.

In letzter Zeit hat sich die Situation in den Minenabbaugebieten verschärft, die Geduld der Bevölkerung ist überstrapaziert, sie spüren die ersten Auswirkungen der Minennachbarschaft (verseuchtes Wasser, Risse in den Wänden ihrer Wohnhäuser, soziale Folgen) und drohen zum Teil offen mit gewalttätigem Widerstand. Derweil die Regierung mit ihrer Hinhaltenaktik in Form von rechtlichen Schikanen und schönen Worten des Präsidenten weiterfährt. Aktuell konzentriert sich die Hoffnung der GegnerInnen dieser Megaprojekte auf den Kongress, dem zwei entsprechende Anträge vorliegen: ein Reformvorschlag für das Bergbaugesetz sowie eine Initiative, die ein vorläufiges Moratorium für die Erteilung weiterer Lizenzen fordert.

Guatemala hat die Konvention 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) im Jahr 1997 ratifiziert, welche die rechtliche Grundlage für die Durchführung von Volksbefragungen bildet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch Zweifel aufkommen lassen, ob die Volksbefragung das richtige Mittel ist, um indigene Partizipation und Mitsprache zu gewährleisten bzw. zu garantieren. Im nachfolgenden Interview mit Raquel Yrigoyen, einer peruanischen Spezialistin in Fragen des indigenen Rechts und der ILO-Konvention 169, wird klar, dass es nicht bloss um eine Frage des Rechts, sondern genauso um die Frage der Anerkennung der indigenen Traditionen geht.

Das Interview erschien in der Juni-Ausgabe des Bulletin "Redesarrollo", herausgegeben von der niederländischen Botschaft in Guatemala.

Frage: Auf welchem Rechtsverständnis baut die ILO-Konvention 169 auf, was ist ihre Grundlage?

Raquel Yrigoyen: In einer Demokratie muss die Regierung die Vertretung aller Sektoren garantieren. Die indigenen Völker jedoch waren in den lateinamerikanischen Regierungen nie vertreten, diese Staaten wurden im Gegenteil oft gegen den Willen und die Traditionen der indigenen Urbevölkerung gegründet. Die ILO-Konvention 169 sieht Mechanismen vor, um dieses historische Defizit der Partizipation und Vertretung der indigenen Völker in den Staaten, in denen sie leben, wettzumachen.

Frage: Wie wird die Frage des Rechts auf Partizipation in anderen Ländern angegangen?

R.Y.: In Kolumbien und Venezuela zum Beispiel bilden die Indigenas eine Minderheit, die rund 2% der Gesamtbevölkerung ausmacht. In beiden Ländern ist ihnen eine Quotenvertretung im Kongress garantiert. Dies ermöglicht den indigenen VertreterInnen unabhängig von einer Parteiliste zu kandidieren. In Bolivien können sich Indigenas auch als PräsidentschaftskandidatInnen aufstellen und direkt wählen lassen. Dazu müssen sie nicht gezwungenermassen einer politischen Partei beitreten.

In Guatemala ist solches nur über den Weg der Parteien

möglich und die KandidatInnen müssen viel Geld aufwenden für ihre Wahlkampagne. WelcheR Indígena kann sich das schon leisten? Diese guatemalteckischen "traditionellen" Methoden schliessen damit von vornherein eine Partizipation der indigenen Völker aus.

Frage: Weshalb braucht es für die Indigenen ein spezielles Recht, das dem Rest der Bevölkerung verwehrt ist?

R.Y.: Weil sie gezwungen wurden, sich in Nationalstaaten einzugliedern und nicht dieselben individuellen und kollektiven Rechte bekamen wie der Rest der Bevölkerung. Hier setzt die Idee der ILO-Konvention 169 an. Sie will den Indigenas erstens die Kontrolle über ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Organisationsformen zurückgeben und ihnen zweitens Zugang zu den "offiziellen" politischen Räumen ausserhalb ihrer eigenen Territorien verschaffen. Dazu gibt es dann eben z.B. die Quotenregelung im Kongress oder in den Ministerien. Durch die Volksbefragungen (*consultas*) erkennt man das Recht der indigenen Völker auf ihre eigenen traditionellen (oder neueren) Entwicklungsmodelle an. Ihre Kosmovision, ihre Kultur und die daraus abgeleitete politische Praxis werden respektiert.

Frage: Doch die Realität widerspricht der Idee der

Konvention 169 ...

R.Y.: Im Rahmen der Globalisierung haben unsere Staaten die Türen dem transnationalen Kapital geöffnet. Zum Beispiel den Minenunternehmen, deren Tätigkeit in unseren Ländern im Allgemeinen in indigenen Territorien stattfinden. Auf der anderen Seite haben Ende des 20. Jahrhunderts fast alle lateinamerikanischen Länder die Rechte der indigenen Bevölkerung, wie sie die ILO-Konvention festschreibt, anerkannt. In der Realität generiert dies natürlich Widersprüche.

Der normative Rahmen, den ILO 169 bietet, ist für die indigenen Völker fortschrittlich und geht sehr weit. Die Regierungen hingegen sind nicht in der Lage, ihre Politik und ihre nationale Gesetzgebung entsprechend anzupassen oder ihr administratives Personal gemäss den Vorgaben der Konvention zu instruieren und zu schulen. In einer solchen Situation sind Konflikte vorprogrammiert.

Frage: Und trotzdem wird in Guatemala versucht, mit Volksbefragungen über Minen- oder andere Ressourcenausbeutungsprojekte zu entscheiden ...

R.Y.: Grundsätzlich ist es natürlich richtig, dass die Bevölkerung zu ihrer Meinung befragt wird. Was ich jedoch für den Partizipationsprozess schwierig finde ist, dass es bloss ein JA oder NEIN gibt bei diesen Befragungen. Das "Es könnte auch anders gehen" bleibt somit auf der Strecke. Die Volksbefragungen müssten vielmehr als ein Aushandlungsprozess verstanden werden. Sie könnten eine Gelegenheit sein, die unterschiedlichen Entwicklungsmodelle zu diskutieren, die der Staat und die indigene Bevölkerung haben. Bei den Volksbefragungen müsste ausgehandelt werden können, unter welchen Bedingungen sich die betroffene Bevölkerung auf ein Projekt einlassen könnte und welche Art von Entwicklungsprojekten sie benötigt.

Jetzt gibt es bloss diese JA / NEIN Abstimmungen, die keinen Diskussions- und Verhandlungsprozess zulassen. Ausserdem finden sie immer erst statt, wenn es schon zu spät ist. Eigentlich - und das schreibt die ILO-Konvention 169 auch so vor - müssen die Befragungen durchgeführt werden, bevor der Staat irgendwelche legislativen oder administrativen Schritte unternimmt.

Frage: In einem Land wie Guatemala

mit einer indigenen Mehrheit, betreffen ja fast alle Gesetze diese Bevölkerung. Müssten nun sämtliche Gesetze einer Konsultation unterzogen werden, bevor sie rechtsgültig sind?

R.Y.: Es gibt konkrete Entscheide, die eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betreffen. Diese müssen einer Volksbefragung unterzogen werden. Was die allgemeinen Gesetze betrifft, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder man legt sie zur Abstimmung vor oder man sorgt dafür, dass es eine adäquate Vertretung der indigenen Bevölkerung im Kongress gibt, wo die Gesetze verabschiedet werden.

Frage: Welche legalen Möglichkeiten können ausgeschöpft werden, wenn der Staat seiner Verpflichtung nicht nachkommt, die indigene Bevölkerung zu konsultieren?

R.Y.: Es gibt die Möglichkeit, beim Verfassungsgericht Rekurs einzureichen. Respektiert der Staat den Entscheid des Verfassungsgerichts nicht, hat die betroffene Bevölkerung die Möglichkeit, den Fall zuerst vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission zu bringen und danach vor das Interamerikanische Menschenrechtsgericht. Sie kann aber auch Klage bei der ILO direkt einreichen, die das dann in ihren Berichten festhält und die Staaten rügt.

Frage: Das würde also bedeuten, dass in Guatemala rückwirkend Rekurs eingereicht werden könnte gegen alle Minenlizenzen, die seit 1997 erteilt wurden?

R.Y.: Theoretisch ja. Wobei das in Guatemala so eine Sache ist mit den Rekursen. Sie haben einen eher schlechten Ruf, denn sie werden vornehmlich von den Anwälten der Militärs benutzt, um diese vor Menschenrechtsklagen zu schützen und die Prozesse hinauszuzögern. Aber eigentlich liegt ein grosses Potential in diesem Rechtsmittel, vor allem auch um Kollektivrechte einzufordern.

Frage: Die Regierung erklärte die Resultate von fünf Volksbefragungen in Huehuetenango als ungültig, weil die Bevölkerung nicht termingerecht reagiert hatte, nachdem die Lizenz erteilt wurde ...

R.Y.: Die Frage ist doch, ob die Regierung die Bevölkerung befragt hat,

bevor die Lizenz erteilt wurde. Wenn nicht, hat sie die ILO-Konvention 169 verletzt, und die Betroffenen können einen Einspruch einreichen.

Die ILO-Konvention ist ein international verbindliches Regelwerk, das in Guatemala über der Verfassung steht. Es gilt für sie auch das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, das Guatemala ebenfalls unterzeichnet hat. In Artikel 27 dieser Übereinkunft heisst es, dass kein Staat sich auf seine Verfassung berufen darf, um ein internationales Abkommen nicht einhalten zu müssen.

Frage: Es wird immer wieder darüber diskutiert und gestritten, welches die richtigen Mechanismen sind, um eine Volksbefragung durchzuführen. Gibt es hier allgemeingültige Kriterien?

R.Y.: Es soll der Bevölkerung überlassen sein zu entscheiden, wie sie eine Befragung durchführen will. Jede Gemeinde hat da ihre eigenen internen und erprobten Mechanismen, um Diskussionen zu führen und einen Konsens zu finden. Ein anderer Streitpunkt ist, wer die Berechtigung hat, eine Befragung einzuberufen. Auch hier ist es nicht an der Regierung oder am Minenunternehmen zu entscheiden, wer die repräsentative Institution einer Gemeinde ist. Es kann irgendeine von der Gemeinde akzeptierte Autorität sein, die eine consulta einberuft und durchführt.

Frage: Irgendwie hat man das Gefühl, dass sich die guatemalteckische Regierung sehr schwer tut mit diesen Volksbefragungen.

R.Y.: Guatemala kommt nicht darum herum, sich auf irgendeine Weise mit der Frage der Lizenzen und der Mitsprache der betroffenen Bevölkerung zu beschäftigen.

Man sollte aufhören, die Konsultationen als etwas Negatives zu verurteilen. Sie tragen nicht zu zusätzlichen sozialen Konflikten bei wie das immer behauptet wird, sondern sind im Gegenteil ein Mittel, um solche in den Griff zu bekommen oder zu verhindern. Es muss bloss eine adäquate Form gefunden werden, sie durchzuführen. Dann würden viele der Befragungen auch nicht in einem dermassen vehementen NEIN enden, sondern vielmehr mit einem JA, ABER ... unter diesen und jenen Bedingungen, die der indigenen Bevölkerung ein würdevolles Leben und eine würdevolle Entwicklung erlaubt.

Wasser zum Leben und nicht für die Kraftwerke!

Vom 22. bis 24. April dieses Jahres fand bereits das *III. Nationale Treffen zur Verteidigung der Naturressourcen* statt. Laut abschliessendem Kommuniké trafen sich 550 VertreterInnen von Organisationen und Gemeinden aus den Departements Quiché, Huehuetenango, Petén, Alta Verapaz und Izabal sowie Einzelpersonen aus anderen Departements in Uspantán, Quiché, um die aktuelle Situation der Gemeinden in Bezug auf die Baupläne von Wasserkraftwerken und den Abbau von Bodenschätzen zu analysieren. Dabei berichteten die Teilnehmenden folgendes aus ihrer je lokalen Realität:

- Im Verwaltungsbezirk Chajul sind bereits gravierende Umweltschäden zu konstatieren, die auf den Bau des Wasserkraftwerks Xacbal zurückzuführen sind. Dieses führt den Fluss durch einen 20 Kilometer langen Tunnel und lässt die anrainenden Gemeinden ohne Zugang zum Wasser. Fünf Dörfer sollen für den Ausbau des Kraftwerks umgesiedelt werden und in einer Art Wohnsiedlung konzentriert werden, die an die Modelldörfer der 80er Jahre erinnert, berichten die AnwohnerInnen. Das Unternehmen verhandelt dabei mit jeder Familie einzeln den Verkauf der Grundstücke und nutzt den Mangel an Informationen und die Armut aus, die in den Gemeinden herrschen. Es zahlt geringe Preise für die Ländereien, aus denen es später einen hohen Gewinn schlagen wird.

- Vor etwa zwei Jahren kaufte das Unternehmen ENEL 1'215 Hektar des Territoriums, das historisch dem Maya-Volk der Ixil in Quiché gehört, um am dortigen Fluss Jute ebenfalls ein Kraftwerk zu bauen. Dieses wird voraussichtlich sieben Gemeinden der Verwaltungsbezirke Chajul und Uspantán beeinträchtigen, sowie die Kernzone des Naturschutzgebietes Siviscabá.

- In Sacapulas, Quiché, hat die Regierung vor, einen Staudamm am Fluss Río Negro zu bauen, der etwa 70 Meter hoch sein und Folgen für 16 Dörfer dieses Munizips mit sich bringen wird. Das zuständige Unternehmen behauptet, die Erlaubnis zum Baubeginn zu haben, dennoch haben sich die Gemeinden organisiert, um dagegen zu protestieren.

- Vor wenigen Wochen ist der Bürgermeister von Lanquín, Alta Verapaz, offiziell benachrichtigt worden, dass bald die Arbeiten für den Bau eines zentralen Wasserkraftwerkes auf den Ländereien der Finca Guajbal beginnen werden. Dieses Kraftwerk wird Schaden verursachen an den landwirtschaftlichen Nutzflächen von 14 Gemeinden. Auch diese haben ihre totale Ablehnung des Vorhabens bereits kundgetan.

- Die Regierung Álvaro Colom hat ihre Baupläne für das Wasserkraftwerk Xalalá bereits mehrfach wiederholt, deren Konsequenzen die BewohnerInnen von 30 Gemeinden aus Cobán, Ixcán und der so genannten Königszone Uspantán spüren werden. Der in Xalalá produzierte Strom soll dem Kraftwerk Chixoy zugeleitet und von da aus weiter in die Hauptstadt und nach El Salvador transportiert werden. Damit ignoriert die Regierung die Ergebnisse der Gemeindekonsultation des Guten Willens im Verwaltungsbezirk Ixcán, bei dem 18'000 Personen den Bau dieses Werkes klar abgelehnt hatten.

- Für das Departement Petén kündigte die Regierung an, die Konstruktionspläne für die Wasserkraftwerke El Cayo, El Porvenir und Boca del Cerro am Fluss Usumacinta weiterzuverfolgen. Der hier produzierte Strom soll nach Mexiko verkauft werden.

- In vier Gemeinden im Quiché ist Personal von internationalen Unternehmen aufgetaucht, um Flüsse, Berge und die Wasserquellen zu untersuchen hinsichtlich ihrer Tauglichkeit für die Installation von Wasserkraftwerken und den Abbau von Mineralien. Den betroffenen Gemeinden liegen Informationen vor, dass das *Energie- und Minenministerium* (MEM) ein Abbaunternehmen nicht nur für die Erschliessung, sondern auch

bereits für den Mineralabbau im Ixil-Gebiet autorisiert hat. Dadurch sehen sich 70 Gemeinden der Gegend durch die Folgen gefährdet.

- Und schliesslich wird aus Livingston, Izabal, berichtet, dass die Finca-Besitzenden in Komplizenschaft mit der Regierung dabei sind zu versuchen, die Q'eqchi-Gemeinden von ihren Ländereien zu vertreiben, um Plantagen für den Anbau Öl-Palme anzulegen. Dabei machten sie sich das Fehlen von Landtiteln zu Nutze sowie die Tatsache, dass die Zone er kürzlich zum Naturschutzgebiet deklariert wurde.

Angesichts der aggressiven Pläne von Regierung, Energieministerium und transnationalen Unternehmen machen die an dem Nationalen Treffen Teilnehmenden in dem vorliegenden Kommuniké ihren Widerstand gegen die Vorhaben deutlich und werfen den Autoritäten vor, jeden Winkel des Landes auf seine Nutzbarmachung hin zu untersuchen, um aus allem einen finanziellen Gewinn zu ziehen, obwohl dabei nicht nur die Umwelt an sich, sondern auch unter Schutz stehende Gebiete verschmutzt und schliesslich zerstört würden.

Weder seien die Gemeinden informiert noch konsultiert worden in Bezug auf die Vorhaben, so wie es die Konvention 169 der ILO vorschreibt. Von der Ignoranz der Ergebnisse der Volksbefragungen ganz zu schweigen. Damit jedoch verletzen die Regierung UND das Verfassungsgericht die Staatsverfassung, das Munizipalgesetz und eben die ILO-Konvention 169. Derweil begünstige die nationale Gesetzgebung die Unternehmen, die ganze 1% ihres Gewinns an die Regierung zahlen müssen und von Steuern befreit sind. Währenddessen müssen sich die Gemeinden einem ungleichen Kampf gegen die grossen Unternehmen stellen. Und anstatt dass die Regierung den Dörfern juristische Sicherheit über ihre Ländereien bietet, indem sie die Legalisierung von kommunalen Grundstücken vorantreibt, übt sie in einigen Fällen sogar Druck aus, damit die Gemeinden ihr grünes Licht für die Unternehmen geben. So würden die Unternehmen, die FincabesitzerInnen und die Regierung die organisierten Gemeinden unterdrücken und verfolgten deren AnführerInnen.

"Aber wir sind keine Kriminellen und auch keine TerroristInnen, wir sind organisierte Gemeinden im Kampf zur Verteidigung unserer Ländereien und Naturressourcen" - schliesst das Kommuniké.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Jahres-Abo: 55.- •
Auslands-Abo: 60.- •
E-Mail-Abo: 50.- •
Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
www.guatemala.de/Fijate

Wer ist wirklich gegen die Zementfabrik?

Guatemala, 28. Juni. "Es wird kein Akt der Gewalt toleriert, der den Frieden und die Regierbarkeit angreift", waren die Worte des Präsidenten Álvaro Colóm am letzten Sonntagabend, 22. Juni, mit denen er die Verkündung eines neuen Präventionszustands für die nächsten 14 Tage kommentierte.

Seit Oktober haben die BewohnerInnen einiger Gemeinden von San Juan Sacatepéquez gegen die Errichtung einer Zementfabrik protestiert. Sie fürchten in erster Linie eine immense Wasser- und Umweltverschmutzung durch die Zementproduktion, die ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten und die eigene Versorgung beeinträchtigen werde. Zwölf der rund fünfzig Gemeinden des Verwaltungsbezirks machten ihre Ablehnung gegen die Fabrik und den geplanten Minenabbau in der Region auch in einem Kommuniké noch einmal deutlich und berichten von zahlreichen Einschüchterungsversuchen und Drohungen durch die entsprechenden Unternehmen seit der im Mai letzten Jahres eigenständig durchgeführten Volksbefragung. Das Fabrikvorhaben wird verfolgt von dem Zementmonopolunternehmen *Cementos Progreso* der Familiendynastie Novella, eine der wenigen einheimischen Unternehmensfamilien, die Guatemala durch ihre Interessen und ihren Einfluss dominieren.

Am letzten Samstag dann kam es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als die BewohnerInnen der Gemeinde San Antonio Las Trojes den Zugang zu dem Zementwerk auf der Finca San José Ocaña blockierten. Dabei brachten sie vier Personen kurzfristig in ihre Gewalt, darunter drei Arbeiter von der inzwischen im Bau befindlichen Fabrik, die bald darauf wieder freigelassen wurden, sowie den 37-jährigen Francisco Tepeu Pirir, der sich nicht an der Protestaktion beteiligen wollte. Tepeu Pirir war Führungsperson der lokalen Bevölkerung und setzte sich seit Aufkommen des Konflikts für einen Dialog zwischen den AnwohnerInnen, dem Unternehmen und den Autoritäten ein, um erst einmal alle Interessen und die Auswirkungen des Vorhabens ernsthaft zu klären.

An jenem Samstag dann nahm offenbar eine organisierte Gruppe die Sache in die Hand, indem sie mit Sturmhauben maskiert sowie mit Macheten, Stöcken und anderen Gegenständen bewaffnet die Blockadeerrichtung anleitete. Die Umstände, in denen sie ihre Geiseln nahm, sind nicht geklärt. Angeb-

lich wurde Tepeu Pirir aus seinem Haus zum Hilfsbürgermeister gezerzt, zusammengeschlagen und dann mit Machehenhieben getötet.

Diese Eskalation veranlasste Colóm ähnlich wie im Mai bei den Protesten des Schwerlastverkehrs (siehe ¡Fijáte! 410) mit Hilfe des Präventionszustandsdekrets und der dadurch erfolgenden Einschränkung von Versammlungs- und Waffenrecht sowie des Einsatzes der staatlichen Sicherheitskräfte einzugreifen. So marschierten am Montag rund 1'000 PolizistInnen und Militärs in San Antonio Las Trojes ein und nahmen 43 Personen fest. Diesen werden Vereinigung, Versammlung, unbefugte Demonstrationen, schwerwiegender Widerstand und Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen. Mehr als zwanzig zusätzliche Verhaftungen von Personen aus der Gegend stehen seit Beginn der Proteste gegen die Zementfabrik aus und sollen in den nächsten Tagen durchgeführt werden. Zudem soll nun ein Dialogrundtisch unter Beteiligung der *Präsidentialen Menschenrechtskommission* und des *Friedenssekretariats* eingerichtet werden.

Menschenrechts- und BäuerInnenorganisationen forderten die Autoritäten zur sofortigen Aufhebung des Präventionszustandes und zur Wahrung der Menschenrechte sowohl der Bevölkerung als auch im speziellen der Verhafteten auf. María Eugenia Díaz vom Menschenrechtszentrum CALDH wies darauf hin, dass besonders die Frauen durch die eingeschränkte Bewegungsfreiheit betroffen seien, da sie noch nicht einmal aus dem Haus könnten, um Nahrungsmittel zu kaufen. Auch seien die Kinder aufgrund der massiven Militärpräsenz in diesen Tagen der Schule ferngeblieben. Díaz erinnerte daran, dass die vornehmlich indigene Bevölkerung von San Juan auf diese Weise in die Erinnerung an die Zeiten des internen bewaffneten Konflikts versetzt würde.

Derweil fürchten die Angehörigen von Tepeu Pirir um ihr Leben und gaben bekannt, Morddrohungen erhalten zu haben, die ausgeführt werden sollen, sobald der Präventionszustand aufgehoben wird. Gleichzeitig behaupteten sie, Beweise zu haben, die mindestens zehn Personen mit dem Mord ihres Verwandten in Verbindung bringen. Zu den von der Familie Tepeu Pirir als intellektuelle TäterInnen Beschuldigten gehören der Militär Hugo Tulio Búcaro, die indigene Führungsfrau in San Juan, Carmela Curup, sowie die indigenen Anwälte

Amílcar Pop und Mario Sapper, aber auch Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Die *Indígena- und BäuerInnenkoordination* CONIC habe sich ebenfalls daran beteiligt, die Gemeinden in Bezug auf die Volksbefragung zu manipulieren.

Die Tageszeitung *el Periódico* enthüllte bereits eine Woche zuvor diese angedeuteten Zusammenhänge. In ihrem Bericht wird daran erinnert, dass der pensionierte General Búcaro Finanzminister unter Romeo Lucas García war und schon bald in Verbindung gebracht wurde mit Schmuggelbanden des organisierten Verbrechens, zu denen mehrere Militärs gehören. Lange Zeit hörte man nichts von Búcaro, der im Departement San Juan drei Grundstücke besitzt. Offenbar stachelte er die erwähnten Gemeinden zum Protest gegen den Fabrikbau an und erzählte ihnen von den negativen Folgen für Umwelt und Gesundheit. Er selbst habe dabei eine erneute Volksbefragung in die Wege geleitete, nicht ohne die BewohnerInnen für die Abstimmung zu instruieren. Schliesslich wurde diese *Consulta* jedoch als nicht legal abgeblasen. Angeblich wollte Búcaro erreichen, dass *Cemento Progreso* von dem Bau der Fabrik auf der ausgewählten Finca absieht und stattdessen eine seiner Ländereien aufkauft entweder für die gesamte Fabrik oder aber zumindest für den Bau von Zufahrtswegen. Unterstützt wurde er dabei von der indigenen Aktivistin Carmela Curup, die an vierter Stelle auf der Wahlliste der indigenen Politorganisation *Winaq'* stand, die zusammen mit der Partei *Encuentro por Guatemala* in der letzten Präsidentschaftswahl Rigoberta Menchú als Kandidatin protegierte. Curup wiederum soll die *Vereinigung der Maya-AnwältInnen und NotarInnen* ersucht haben Einspruch gegen die Suspendierung der von Búcaro beantragten Volksbefragung einzureichen.

Unterdessen wies der Sprecher von *Cemento Progreso* das potentielle Kaufinteresse an Búcaros Grundstücken zurück, da dort gar nicht die gesuchten Ressourcen vorhanden wären bzw. sie gar nicht im Zufahrtsbereich lägen. Der Umweltingenieur Manuel Basterrechea widerlegte zudem Búcaros Behauptungen in Bezug auf die katastrophalen Umweltfolgen als falsch oder zumindest nicht belegt und informierte, dass vielmehr bereits einige Massnahmen geplant seien, um Umweltverschmutzungen vorzubeugen.

Der Präventionszustand hält offiziell noch bis Ende der Woche an.

Innenminister und Vize tödlich verunglückt

Guatemala, 29. Juni. Die Regierung verhängte gestern für drei Tage Staatstrauer anlässlich des Helikopterabsturzes nahe des Dorfes El Pacayal, Purullhá im Departement Baja Verapaz, bei dem Innenminister Carlos Vinicio Gómez, sein Vize Édgar Hernández Umaña sowie der Pilot Mario Ávila Salazar und Co-Pilot Rony Mejía ums Leben kamen. Bislang deutet alles darauf hin, dass der Unfall auf das plötzlich schlechte Wetter zurückzuführen ist. Dennoch kündigte Präsident Álvaro Colom an, dass neben der Helikopterfirma Bell und der Luftfahrtgesellschaft alle anrainenden lokalen Staatsanwaltschaften sich der Ermittlungen annehmen und auch Mexiko seine angebotene Unterstützung bereits in die Tat umsetze. Colom war zum Zeitpunkt des Unglücks in Mexiko, cancelte jedoch sogleich seine Teilnahme am anstehenden Präsidentschaftsgipfel der Region und kehrte nach Guatemala zurück.

Vinicio Gómez und Edgar Hernández hatten in Flores, Petén, der Übergabe von 82 neuen PolizeiagentInnen für das Departement beigezogen und flogen um Mittag bei schönem Wetter wieder Richtung Hauptstadt, als sich ca. 100 km südlich eine für diese Jahreszeit und für die Gegend nicht ungewöhnliche Wetterfront auftrat. Kurz darauf verlor der Radar den Hubschrauber, der nach einhelliger Meinung sehr erfahrene Pilot hatte gerade noch per Funk angekündigt, wegen des Wetters einen Umweg zu fliegen. Die AnwohnerInnen von El Pacayal, die den Absturz sahen, bestätigten, dass die vier Männer bei ihrer Ankunft am Unfallort bereits tot gewesen seien.

Die Rettungskräfte, aus Freiwilliger Feuerwehr, Polizei und Spezialkräften des Militärs bestehend, brauchten insgesamt rund 18 Stunden, um die Leichen zu bergen. Die Gegend ist nur zu Fuss und äusserst schwer zugänglich, der Regen erschwerte zusätzlich den Rücktransport.

Vinicio Gómez, studierter Zahnarzt, der sich seit etwa 20 Jahren dem Thema Sicherheit zugewandt hatte, galt als Experte und stellte mit der Amtsübernahme von Colom eine Kontinuität in der Führung des Ressorts dar, war er doch die letzten neun Monate der Regierung Berger Vizeminister unter der damals eingesprungenen Innenministerin Adela Camacho de Torrebiarte. Sein Schwerpunkt lag dabei momentan auf der Professionalisierung der Polizei und ihrer Strukturen sowie der Schaffung der Gemeindepolizei, ein Vorhaben des Regierungsplans der ersten 100 Tage.

Der Jurist Édgar Hernández Umaña hatte seine Erfahrung mit der Verkehrspolizei gesammelt.

Die Ernennung von Gómez hatte Colom bei Amtsübernahme bis zuletzt hinausgezögert, jetzt steht er wieder vor dieser Entscheidung, die insofern dramatischer ist, als das im begonnenen Prozess der Ausführung der Innenpolitik gleich die beiden obersten Stellen des Ministeriums neu zu besetzen sind. Zeitweilig hat jetzt der zweite Vizeminister, Ángel Rodríguez Tello, der auf diesem Posten vor allem für die Verwaltung zuständig ist, das Amt übernommen.

Laut eigener Aussagen hat Colom im Laufe des Sonntags bereits seine Entscheidung für die Neubesetzung getroffen, gab sie jedoch bis zum Redaktionschluss des ¡Fijáte! nicht bekannt. In den Medien werden mehrere KandidatInnen genannt. An den ersten beiden Stellen stehen dabei Salvador Gándara und die bereits erwähnte Adela Camacho de Torrebiarte. Gándara fungiert aktuell als Koordinationssekretär der Präsidentschaft, wofür er Anfang des Jahres seinen Posten als gewählter Bürgermeister für Villanueva niederleg-

te. Unter Alfonso Portillo war er von 1996-99 Vizesicherheitsminister.

Auch die Namen von zwei ehemaligen Verteidigungsministern sind im Gespräch: Oberstleutnant Mario Mérida und Ex-General Julio Balconi, daneben der von Acisclo Valladares, ehemaliger Generalprokurator und derzeit Botschafter vor dem Vatikan, sowie, jedoch ohne Bestätigung die des *Sekretärs für Verwaltungsangelegenheiten und Sicherheit* (SAAS), Carlos Quintanilla und seines Kollegen vom *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE), Gustavo Solano.

Der ehemalige Aussenminister Édgar Gutiérrez appellierte wie vor ihm bereits die Sicherheitsexpertinnen Helen Mack und Ana María de Klein an Colom, sich zeitig aber überlegt zu entscheiden. "Dieses Ministerium ist die ausführende politische rechte Hand für den Präsidenten in Sachen Inneres. Und es umfasst noch mehr Bereiche: Migration, Gefängniswesen, Geheimdienst, Aufgaben, die von Minister Gómez einer entschiedenen Unterstützung sicher waren. Der Posten darf nicht lange ohne Kopf bleiben", so Gutiérrez.

Eine neue Front des Volkes

Guatemala, 26. Juni. Vor wenigen Tagen versammelten sich VertreterInnen sozialer Organisationen zu jenem Akt, der die Gründung der *Volksfront für die Souveränität, Würde und Solidarität* darstellte. Dieser Zusammenschluss, der sich als Antwort auf die bestehende Krise im Land versteht, rief gleich auf zur Grossdemonstration am 26. Juni.

Der als Revolutionär bekannte 90-jährige Alfonso Bauer Paiz erklärte, dass die Front nicht das Ziel verfolge, eine neue politische Partei zu werden, sondern die grossen Massen zu bewegen sich zusammenzutun, um sich für die dringenden politischen wie sozialen Veränderungen einzusetzen, die das Land brauche. Dabei kritisierte Bauer das so genannte demokratische System, das nach der Unterzeichnung der Friedensverträge entstanden sei, die Korruption, die in den drei Staatsorganen herrsche sowie die generalisierte Straflosigkeit. Ferner rief er dazu auf, sich für die Jugend des Landes einzusetzen und ihr echte Entwicklungsalternativen und Perspektiven anzubieten.

Ein Hauptaugenmerk legt die Front laut dem Gewerkschaftsberater Leonel Luna auf den Schutz der Naturressourcen. Als weiteres Thema wurde die Nahrungskrise vom Plenum genannt, bedingt

durch den Anbau von Monokulturen wie Zuckerrohr und Palmöl-Plantagen anstelle von Getreide zur Grundversorgung der Bevölkerung. Somit ist gemäss des Akademikers Jorge Murga einer der Hauptpunkte des politischen Vorschlags der Front die Rückgabe der Ressource Land an die BäuerInnen, um eine landwirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Für den ebenfalls 90-jährige Óscar Barrios Castillo, der unter der Revolutionsregierung von Juan José Arévalo das Amt des Kongresspräsidenten innehatte, ist die Bildung der Front unabdinglich für das Land. Er hofft darauf, dass sie die Türen öffnet, damit alle Volkssektoren sich ihr anschliessen können.

Am 26. dann fanden in allen Departements friedliche Demonstrationen unter Teilnahme zahlreicher Organisationen und Gremien statt, die neben der allgemeinen Forderung nach einer Preissenkung des Grundwarenkorbess inklusive des Strompreises zumeist auch Ausdruck der Unzufriedenheit über die bisherige Nichterfüllung von Coloms Wahlversprechen waren, die von Ort zu Ort variierten. Auch die Pläne von Gesetzesreformen in den Sektoren Gesundheit, Bildung und Ländliche Entwicklung standen auf der Liste der Volkskritik.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Mögen wir wenigstens unsere Gefühle bewahren

Ich erinnere mich an ein Pressefoto, das eine von unzähligen Nachrichten über Gewalt in Ciudad Juárez in Mexiko illustrierte (Prensa Libre, 13. Juni 2008): Inmitten einer militärischen Operation in der Stadt beugte sich ein Kind, das nach rechts schaute, vielleicht um die Strasse zu überqueren, über ein wenige Wochen altes Hündchen, das es in seinen Armen trug, um es vor möglichen Schüssen zu beschützen. Die Geste und die bunte Hose des Kleinen liessen den riesigen Uniformierten, der ihm den Rücken zuwandte, noch monströser erscheinen.

So wie dieses Kind - oder wie dieses Hündchen - sind wir alle. Von irgendwoher kann uns die Tragödie einholen, während Männer ohne Gesicht sich auf dem Buckel der Bevölkerung ihre Kriege liefern. Die ungeheuren Männer - und einige Frauen - halten uns in permanenter Beklemmung: Die Nahrungsmittel- und Benzinpreise steigen immer weiter, weil die globalen Spekulanten es so bestimmen; die Hungertragödie weitet sich aus, und die Herren der FAO erklärten, den Grosskonzernen gehorchend, bei einem Gipfeltreffen über Nahrungssicherheit in Rom, der Hunger sei lediglich ein Problem von Angebot und Nachfrage, ein konjunkturelles Phänomen, kein strukturelles; die EmigrantInnen werden in den Ländern des Nordens eingeknastet wie Kriminelle oder sie werden massenweise deportiert (1'000 Guatemaltekinnen wurden allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres aus den USA deportiert!), während das Kapital und die natürlichen Ressourcen in unglaublichem Tempo in die entgegengesetzte Richtung fliessen; wenige Stunden nach Ernennung Obamas zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei besuchte er die mächtigen Anführer des Gringo-Zionismus, um ihnen seine Dienste anzubieten; die fürchterliche IV. Flotte der USA bereitet sich darauf vor, in unsere Meere vorzudringen, angeblich, um den Drogenhandel zu bekämpfen...

Und im verwahrlosten Guatemala erfahren wir häppchenweise von der mächtigen Mafia, bestehend aus Militärs, DrogenhändlerInnen und anderen Prachtstücken, welche die staatlichen Sicherheitsinstitutionen in die Enge treiben. Sie erzählen uns, dass der Privatsekretär des Kongresspräsidenten wegen der Umleitung von 82 Millionen Quetzales (ca. US-\$11 Mio.) an eine Hochrisikobörse angeklagt worden sei (siehe ¡Fijáte! 412), sie schmeissen uns ins Gesicht, dass bereits in 42 anderen Steuerbetrugsfällen gegen ihn ermittelt worden und er sogar schon mal im Untersu-

chungsgefängnis in der Zone 18 gewesen sei. Sie kündigen uns an, dass der Herr bereits das Land verlassen habe und sein Chef, der Kongresspräsident, die Vorgeschichte dieses Meisterwerks nicht gekannt habe. Einen Tag später wissen wir, dass der vorhergehende Kongresspräsident, Rubén Darío Morales, dieselben Umleitungen von Kongressgeldern zu veranlassen pflegte und dafür fette Kommissionen des Börsenhauses kassierte. Und wenn wir ein wenig erleichtert sind, weil Präsident Colom, besorgt über die geringe lokale Produktion von Getreide in diesen schlechten Zeiten, angeordnet hat, dem Dekret 40-74 - der Bestimmung, dass auf zehn Prozent der Fincas, die grösser als 100 Hektar sind, Getreide angebaut werden muss (das Gesetz stammt aus dem Jahr 1974 und wurde nie umgesetzt) - Genüge zu tun, läuft es uns kalt den Rücken hinunter, wenn derselbe Präsident ein paar Tage später die anhaltenden Proteste der landbesitzenden Oligarchie erhört, das Gesagte widerruft und den Kongress bittet, dieses Gesetz ausser Kraft zu setzen. (siehe ¡Fijáte! 412)

Die Liste der Enttäuschungen ist unendlich. Unerträglich. Und bringt uns dazu, am liebsten schreien zu wollen. Es sieht so aus, als wollten sie uns durch Machtlosigkeit lahmlegen, indem sie den Zynismus ständig verschärfen.

Das Gefährliche ist, dass wir sie in den Privatbereich unserer Gefühle eindringen lassen. Es darf nicht sein, dass wir uns wegen ihrer Perversionen zerstören. Es ist nicht intelligent, auf dieses Spiel einzusteigen.

Hierhin wollte ich: ins Reich der Gefühle. In der Stunde der Wahrheit spielen sich hier die Entscheidungen ab, welche die menschlichen Geschicke leiten. Jene, die oben sind und ihre Projekte auf unsere Kosten verwirklichen, provozieren in uns die Gefühle, die sie interessieren und löschen jene aus, die ihnen schaden. Dazu benutzen sie die Öffentlichkeit, bedienen sich der Desinformation, amputieren die Erinnerung und üben Repression aus. Sie lösen auch diese Vergiftung mit Machtlosigkeit aus, welche die Medien mit ihrer Überdosis an Frustration und Gewalt tagtäglich anheizen.

Für unsere psychische Gesundheit ist es wichtig, den Bereich zu schützen, in dem wir unsere, wirklich unsere Gefühle pflegen, die unser Bestreben nähren, jeden Morgen mit Würde zu leben, als Menschen, soziale und politische Subjekte.

Leider hat sich alles um uns herum

verschwört, in unsere private Gefühlswelt einzudringen. Ein Paradigma dafür ist die Flimmerkiste TV, die mit Lichtern und Geräuschen, mit Botschaften und Reizen, die wir nicht gesucht haben, in unsere Privatsphäre eindringt. Wir wurden nicht dazu erzogen, zu diesem Möbel zu sagen, "nein, danke", und es sofort auszuschalten. Dasselbe gilt für die unzähligen Reize, die uns, wo auch immer, bestürmen. Für unsere psychische Gesundheit ist es wichtig, dass wir lernen, ruhig, aber bestimmt "nein, danke" zu sagen, wie wir es auch dem Strassenverkäufer gegenüber tun, der uns anspricht. Wir müssen unsere wahren Gefühle unserer psychischen Gesundheit zuliebe abschirmen.

Ich beharre auf unseren wahrhaftigen Gefühlen: Die Gefühle entstehen aus Abbildungen und Gedanken. Unsere Gefühle sind Kinder unserer Gedanken, unserer Sinninhalte des Lebens. Der Hauptgedanke, der ureigenste unserer Gedanken, bezieht sich auf unsere Identität: "Wer bin ich und wer möchte ich sein, genau und unwiederholbar ich?" Und der zweite, ebenso lebensnotwendig wie der erste, lautet: "Wem gegenüber möchte ich so sein, mein Leben so entfalten?" Beide zusammen machen, wie die Anspannungs- und die Entspannungsphase des Herzens, unsere Existenz aus, da wir aufeinander bezogen sind.

Der Unbeständigkeit unserer Gefühle ist das alltägliche Wunder geschuldet, dass wir es jeden Tag wagen weiterzuleben, dass wir neue Wege gehen, ohne zu verzweifeln, obwohl wir den Wellengang der Katastrophe von überall her anschwellen sehen. Wir lernen, uns jeden Morgen mit der nötigen Dosis erfreulicher Gefühle für den neuen Tag einzudecken, selbst in Extremsituationen. Ich habe bei Viktor Frankl gelesen, dass die Verurteilten in Auschwitz es manchmal geschafft hatten, ihre fürchterliche Baracke in eine Bühne zu verwandeln, auf der sie ihre Tragödie parodierten. Und im schrecklichen Nationalstadion Chiles komponierten und sangen die Gefangenen Pinochets bisweilen Lieder und pflegten, wenn sich dazu Gelegenheit bot, den kollektiven Humor.

In diesen Zeiten, die nicht die unseren sind, ist es wichtig für uns, den Schatz unserer ureigensten Gefühle zu verteidigen und nicht zuzulassen, dass die Monster und Heuchler, die unsere Erde und auch unser Land geraubt haben, unsere wirklichen Gefühle aus uns herausreissen und uns jene aufzwingen, die sie interessieren.